



## **Position der Landeselternschaft zur Lehrerausbildung**

„Der erste Schritt zum Lernen ist die Liebe zum Lehrer“ (Zitat: Erasmus von Rotterdam)

Gerade in jüngster Zeit mehren sich die Studien, z.B. zuletzt von John Hattie, die zu dem Schluss kommen, dass guter Unterricht und gute Lehrer der Schlüssel zum Lernerfolg der Schüler sind. Wir als Eltern wissen, wie wichtig die Lehrerpersönlichkeit ist. Aber auch die Lehreraus- und -fortbildung ist nach Prof. Dr. Rainer Dollase ein wichtiges Gebiet der Bildungspolitik.

Die Anforderungen an unsere Schüler sind erheblich gewachsen und wachsen immer noch; sie müssen auf lebenslanges Lernen vorbereitet werden, auf flexibles Lernen, nicht auf kurzfristiges, prüfungsbezogenes. Folgerichtig müssen auch die Lehrer das vermitteln können. Eine Reform der Lehrerausbildung war dringend nötig.

### **Welche Voraussetzungen brauchen Lehrer, um lernwirksam zu unterrichten?**

Nach Ulrich Steffen und Dieter Höfer vom Landesschulamt in Hessen sind erforderliche Qualitäten erlernbar.

Aus diesen Überlegungen heraus hat die Landeselternschaft grundsätzlich die Verstärkung der Praxiselemente in der Lehrerausbildung begrüßt. Diese dürfen aber nicht zu Lasten einer tiefen fachlichen Ausbildung der Lehrer gehen. Nur der fachlich gut ausgebildete Lehrer und der, der sein Fach inhaltlich beherrscht, kann seine Schüler souverän zur Studierfähigkeit hinführen. Das Bildungsziel des Gymnasiums ist diese inhaltliche Qualifikation, nicht nur der formale Abschluss. Sie steht und fällt mit der fachlichen Kompetenz des Gymnasiallehrers.

Besondere Anforderungen an die Lehrerausbildung stellen die Inklusion, die Förderung begabter Schüler, die individuelle Förderung aller Schüler und die dafür erforderliche Diagnosekompetenz der Lehrer dar.

Bereits in der bisherigen Umsetzung des neuen Lehrerausbildungsgesetzes haben sich einige Schwierigkeiten herausgestellt, die unbedingt bei der weiteren Umsetzung überwunden werden müssen. Die Landeselternschaft formuliert daher folgende Gelingensbedingungen:

- Es muss sichergestellt werden, dass die Lehramtsstudenten und Referendare in den Praxisphasen an den Schulen optimal betreut werden und ein umfangreiches Feedback zum Unterricht erhalten. Gute Ausbildung braucht gute Ausbilder.
- Qualität braucht Zeit. Die Entlastungsstunden für die Lehrer an den Schulen müssen dem Bedarf entsprechen. Die Landeselternschaft bezweifelt, dass bei der hohen Anzahl an Praktikanten und Referendaren die gewährten Entlastungsstunden ausreichend sind.
- Die Verkürzung der Vorbereitungszeit der Referendare auf den bedarfsdeckenden Unterricht (BdU) kann die Qualität des Unterrichts durch die sehr hohe Arbeitsbelastung beeinträchtigen. Die Landeselternschaft plädiert für eine Reduzierung des Umfangs des BdU.
- Trotz des verkürzten Referendariats muss eine ausreichende Vorbereitungszeit der Lehramtsanwärter auf den BdU garantiert sein. Rückmeldungen von Referendaren zeigen, dass bisweilen lediglich 20 Tage zur Vorbereitung zur Verfügung stehen, um dann anschließend selbständigen Unterricht und versetzungsrelevante Noten zu geben. Befürchtungen und Klagen der Eltern hierüber häufen sich bei uns.
- Die Terminierung der Praxisphasen muss sich dem Schulalltag unterordnen.
- Die individuelle Förderung der Schüler, die qualifizierte Beurteilung ihres Leistungsvermögens und die Kontinuität des Unterrichts dürfen nicht durch Lehrerwechsel innerhalb eines Schuljahres beeinträchtigt werden.
- Eine gleichmäßige Verteilung von Praktikanten und Referendaren auf alle Schulen, die auch Schulen außerhalb von Universitätsstandorten einbezieht.
- Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall müssen ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, die es auch Referendaren ermöglichen, Vertretungsunterricht zu geben.
- Eine qualifizierte Potenzialanalyse für alle Lehramtsstudenten unter Einbeziehung von Beratungsgesprächen mit den Ausbildern nach dem Bachelorabschluss sollte die Regel sein.
- Zwischen den Universitäten und den Zentren für schulpraktische Ausbildung müssen ständiger Austausch und intensive Zusammenarbeit selbstverständlich sein.

Düsseldorf, den 28.06.2013